

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

5 Pfennig

Mittwoch
18. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstakt 5-3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kundgebung der Gewerkschaften.

Volkswohnungsgesetz, nicht Spekulantengewinn!

Heute vormittag begann im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates die Tagung der freien Gewerkschaften, die insbesondere zur Wohnungswirtschaft, zur Arbeitslosenversicherung, den Steuerfragen und dem Abkommen von Washington Stellung nahm.

Genosse Lelpart, Vorsitzender des ADGB, eröffnete um 10 1/2 Uhr die Sitzung und begrüßte die zahlreich erschienenen Regierungsvertreter. Er erinnerte dann, daß heute vor 77 Jahren Männer für die Freiheit kämpften und fielen, deren Wert wir fortsetzen und vollenden müssen, insbesondere bei der bevorstehenden Entscheidungsschlacht für die Republik. Auch wenn der Kampf für die Republik für die Demokratie, gegen die soziale Unfreiheit gewonnen sein wird, wird der Kampf fortgesetzt werden müssen für die soziale Gerechtigkeit.

Das Wort erhielt sodann der erste Referent, Genosse Dr. Martin Wagner, Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, der folgende Entschärfung begründet:

Die am 18. März im Reichswirtschaftsrat versammelten Bundesausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wenden sich mit allem Nachdruck gegen die von den Regierungen des Reiches und der Länder genährten Wünsche des privaten Hausbesitzes, der Bodenspekulation und des privaten Baugewerbes nach Aufhebung der gebundenen Wohnungswirtschaft. Nicht die Aufhebung der die minderbemittelten Volksklassen schützenden gesetzlichen Bestimmungen, sondern ihr planvoller Ausbau zu einem neuen Volkswohnungsgesetz muß das Ziel jeder des Volkswohl vertretenden Politik sein. Solange die Wohnungsnot besteht, ein friedensmäßiger Leerbestand von Wohnungen nicht vorhanden ist, und zahllose Volkskreise in menschenunwürdigen Wohnungen leben, müssen die Bundesausschüsse der unterzeichneten Verbände verlangen, daß alle Kräfte der öffentlichen Organe darauf eingestellt werden, neue Wohnungen für die minderbemittelten Volkskreise zu schaffen, daß insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung überhöhter Baustoffpreise ergriffen und die aus der Wohnungswirtschaft fließenden Steuerbeiträge nur einem sozialen Volkswohnungsbau im Sinne des § 135 der Reichsverfassung zugeführt werden.

Genosse Wagner weist darauf hin, daß in dem Kampfe um die Wohnungswirtschaft sich zwei Parteien gegenüberstehen. Auf der einen Seite die Interessenten der kapitalistischen Produktion, auf der anderen Seite die Konsumenten, d. h. die Mieter. Man muß die Frage stellen, was tut und wo bleibt die dritte Partei, die Regierung? Vor fünf Jahren gab es noch eine soziale Siedlungswirtschaft, gab es Gesetze zur Bekämpfung des Wohnungsmangels, obwohl damals die Wohnungsnot geringer als heute war. Heute aber hat das

Reich die Justizlasten abgegeben an die Länder und Gemeinden, die ihrerseits aber gebunden sind an Reichsgesetze und die selbst keine Mittel zur Verfügung haben zur Förderung des Wohnungsbaues. Die kapitalistischen Produzenten fordern das freie Spiel — es ist ein Spiel — der Kräfte, ohne jedoch die Wege zur Bekämpfung der Wohnungsnot angeben zu können. Sie behaupten, zum Friedensstand zurückkehren zu wollen, den sie jedoch selbst nicht wollen. Die Hausbesitzer wollen nicht, daß, wie vor dem Kriege 3 Proz. der Wohnungen leer stehen, sondern die Verewigung der Nachfrage, der Konjunktur. Sie wollen nicht allein frei, sie wollen auch mächtig sein. Sie wollen

wieder herr im Hause und in der Gemeinde

Wer ist Jarres?

Sage mir, mit wem du umgehst. . . !

Wer ist Jarres? Jarres läßt sich von Killinger empfehlen!

Wer ist Killinger? Ein Freund der Stjberger-Mörder und, nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs, der Schöpfer jener Atmosphäre, die zum Rathenau-Mord führte. Ein Mann, der sechs Monate Gefängnis zu verbüßen hat, aber freigelassen bleibt, damit er für Jarres agitieren kann.

Wer ist Killinger noch? Der intimste Freund und die „rechte Hand“ Ehrhardts!

Wer ist Ehrhardt? Ein wegen Hochverrats und Meineids rechtskräftig verfolgter Vandalenhauptling, der aus dem Gefängnis mit Hilfe von verbrecherischen Kumpanen nach Verbredchermanier ausgebrochen ist. . . .

Der Kreislauf ist also: Meineids-Ehrhardt, der Hochverräter und Ausbrecher — Mörderfreund Killinger — Jarres!
Wer ist also Jarres? Sage mir, mit wem du umgehst. . . .

Der Kandidat des Skandalfeldzugs.

Durch Verleumdung zur Präsidentschaft.

Ein Wahlausruf des Rechtsblocks für Groß-Berlin sucht mit bekannten gemeinen deutsch-nationalen Mitteln Stimmung zu machen für Herrn Jarres. Er spricht von Otto Braun als dem Vertreter der Barmat-Margisten. Wir nehmen davon Notiz, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wes Geistes Kind die Jarres-Interessenten sind und mit ihnen Herr Jarres ist.

Wenn die so wacker mit Verbindung für Jarres kämpfenden Rechtsbläcker ob der Verleumdung angefaßt werden, kneifen sie. Wir lesen in der „Kreuz-Zeitung“:

In der Straffache gegen Silgradt: Die Parteien verglichen sich wie folgt:
Der Angeklagte Silgradt erklärt: Nachdem ich mich in der heutigen Hauptverhandlung davon überzeugt habe, daß die in dem Urteil „Der Großschieber Bohn“ in Nr. 135 der „Bergisch-

sein. Das Baugewerbe will nicht zutiefst zur Baupetulation, die es den Bauherren und Spekulanten auslieferte. Ebenso wenig wollen Baustoffindustrie und Banken zu dem Friedenszustand zurückkehren. Die Forderungen der Konsumenten stützen sich auf Recht und Moral. Die Konsumenten vertreten keinen Berufsgewinn, sie haben tiefe Opfer gebracht. 25 Proz. der Friedensmiete werden zur Beseitigung der Wohnungsnot von ihnen erhoben. Diese Opfer sind sie bereit, weiter zu bringen, obwohl diese Hauszinssteuer eine durchaus sozial ungerechte Steuer ist. Sie fordern jedoch, daß diese Steuer in ihren Gesamterträgen auch wirklich dem Wohnungsbau zugeführt und nicht anderen Zwecken dient. Das freie Spiel der Kräfte, das die Kapitalisten fordern, hört beim Wohnungsbau nicht allein an den Reichsgrenzen auf, weil man Wohnungen nicht importieren kann, sondern bereits an den Grenzen der Gemeinde. Wo wären die Käufer der Häuser und Wohnungen, wenn wir das freie Spiel der Kräfte hätten? Man braucht nur einen Rundgang durch Berlin zu machen, um festzustellen, daß Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln erbaut wurden, nicht verkauft und vermietet werden können.

Wie wäre es, wenn diese Wohnungen nur aus Privatmitteln, sofern diese überhaupt auszubringen wären, erbaut würden?

Dr. Wagner fordert zum Schluß ein Reichswohnungsbau-programm. Die Kosten dieses Programms müßten getragen werden von den Erträgen einer Steuer auf den Vermögenszuwachs des Hausbesitzes durch die Entschärfung von Hypotheken, Bekämpfung der Wucherergewinne der Baustoffindustrie. Die Ziegel, die im August des Vorjahres 14 Mark pro Tausend gekostet haben, kosten heute 55 Mark. Die Mieter lehnen es ab, schwere Lasten auf sich zu nehmen, um der Baustoffindustrie Wucherergewinne zuzuschütten. Wenn diese Mindestforderungen nicht erfüllt werden, wenn man insbesondere den Plan des Reichsfinanzministeriums verwirklichen wollte, d. h. bis zum 1. April 1926 die Friedensmiete einzuführen, dann — das muß schon jetzt angekündigt werden, werden die Lohn- und Gehaltsempfänger Lohnforderungen stellen und durchsetzen, die weit hinausgehen werden über die Kosten eines durchgeführten Reichswohnungsbauprogramms. Wir fordern, daß der § 135 der Reichsverfassung, der jedem Deutschen eine gesunde Wohnung garantiert, wahrgemacht wird. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion fordert Genosse Falkenberg eine Bodenwirtschaft, die der Bodenspekulation entgegenarbeitet, und eine energische Aktion zur Durchführung des vom Referenten vorgelegenen Programms. Reich, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, weist auf die vielen hundert Millionen hin, die den Ruhrindustriellen gegeben wurden und die weit besser als Fonds für die vom Referenten geforderte Reichswohnungsbau verwandt worden wären. Statt ungeheure Mittel zur unzureichenden Unterstützung von hunderttausenden von Erwerbslosen hinzugeben, wäre es besser, daß man zur Förderung des Wohnungsbaues diesen Erwerbslosen Arbeit beschafft. Dr. Birman von Butab zitiert des Wort eines englischen Schriftstellers, daß man jemanden mit einer Wohnung ebenso tödlich könne wie mit einer Art. Dieser soziale Werd werde leider nicht so empfunden. Auch vor dem Kriege war der private Wohnungsbau nicht fähig, Kleinwohnungen zu schaffen, und öffentliche Mittel müßten dazu bereitgestellt werden. Heute ist die Wohnungsnot eine ungeheure, obwohl Wohnungen leerstehen. In Neutollin gibt es ein Zimmer, in dem 18 Personen haften. Man kann sich eine Vorstellung machen, wie es sein würde, wenn durch die Beseitigung der gebundenen Wohnungswirtschaft die Mieten auf das Drei- und Vierfache der Friedensmiete steigen würden. Gegen diesen sozialen Werd müssen wir die Öffentlichkeit aufrufen. (Lebhafte Beifall.)

Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Märkischen Zeitung“ vom 23. April 1924 gegen den Herrn Regierungspräsidenten Grünher, früher Düsseldorf, jetzt Merseburg, erhobenen Beschuldigungen unbegründet sind,

nehme ich dieselben mit dem Ausdruck des Bedauerns hiermit zurüd.

insbesondere die Behauptung, daß Herr Regierungspräsident Grünher es verstanden habe, durch eine Reise nach England sich seiner Vernehmung als Zeuge zu entziehen, um den Prozeß gegen Bohn zu verschleppen, und daß er als „unbeeidigter Zeuge“ vernommen werden sollte. Der Angeklagte Silgradt übernimmt die Kosten des Verfahrens. Der Strafantrag wird zurückgenommen werden nach Zahlung der Kosten und nachdem der Angeklagte folgender Verpflichtung nachgekommen ist, worüber Beleg-exemplare vorzulegen sind. Der Angeklagte verpflichtet sich, diese Erklärung unverzüglich wörtlich und ohne Zusatz in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ in Oberfeld, der „Kölnischen Zeitung“ in Köln und der „Kreuz-Zeitung“ in Berlin, sowie durch die Telegraphen-Union in Berlin auf seine Kosten veröffentlicht zu lassen, und zwar im politischen Teil der in Betracht kommenden Zeitungen.

Die Verleumdungen der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ gegen Grünher gehören zum Arsenal des Skandalfeldzugs, den die Rechte zur Präsidentschaftswahl vorbereitet hat. Die Verleumder wissen, daß vor Gericht ihre Behauptungen nicht standhalten. Sie ziehen es deshalb vor, sich und ihre Presse selbst zu ohrfeigen.

Das sind die Männer, die für Jarres eintreten. So sehen ihre Waffen aus! Und Herr Jarres steht auf ihren Schultern, um mit ihnen und durch ihre Verleumdungen Präsident zu werden.

Gegen die Urheber der völkischen Organisation „Reichswehrklub Roffbad“, den ehemaligen Kraftfahrer Riehl und mehrere andere frühere Reichswehrangehörige, ist das Barverfahren wegen Geheimbündelei nunmehr so weit abgeschlossen, daß der Termin zur Hauptverhandlung vor dem Magdeburger Gericht für den kommenden Monat April anderamt werden dürfte. Es handelt sich dabei bekanntlich um den Versuch, innerhalb der Reichswehr rechtsradikale Organisationen aufzubauen, die mit den völkischen Turnerschaften Roffbads in enger Berührung stehen sollten.

Bankerott des Nationalismus.

Die Rechte und das Sicherheitsangebot.

Die Aufstellung des völksparteilichen Oberbürgermeisters Dr. Jarres zum Reichspräsidentenkandidaten ist symptomatisch für das ungeheure Uebergewicht, das im Bürgerium die Kreise der Schwerindustrie gewonnen haben. So wie die Selbstverständlichkeit, mit der die Ruhrindustrie 700 Millionen einsetzte, deutlich anzeigte, daß diese Kreise sich anschicken wollen, den Staatsapparat ausschließlich für ihre privatwirtschaftlichen Zwecke in Anspruch zu nehmen, so zeigt auch die Kandidatur Dr. Jarres, wie sehr die Schwerindustrie im Konkurrenzkampf der verschiedenen bürgerlichen Schichten Oberwasser gewonnen hat. Nicht weniger deutlich offenbart sich diese Verschiebung des politischen Schweregewichts in der Wandlung der außenpolitischen Anschauungen. Die Deutschnationalen werden immer mehr ins Schlepptau genommen. Die großkapitalistischen Interessenten, die Hugenberg- und Stinnes-Presse beherrschen die Politik auch der „nationalen Opposition“. Ohne diese Wandlung wäre die Entwicklung zum deutschen Sicherheitsangebot nicht möglich gewesen. Sie beweist, daß die nationalistische Propaganda den wirtschaftlich maßgebenden Kreisen des Bürgeriums stets nur ein Mittel zum Zweck gewesen ist, daß sie sie genau wie die Aufwertungsomagie lediglich zum Stimmfang benutzt haben.

Die Reaktion bleibt nicht aus. Die seit langem vorausgesagte Zerfegung im nationalen Lager beginnt. Die Schichten des verelendeten Mittelstandes, überflüssig gewordener Offiziere, verrückter Oberlehrer und all die vielen, die die nationale Romantik um die schwarzweißrote Fahne sammelte, sehen, wie sie enttäuscht werden. Selbst die völkischen in Norddeutschland tischen unter das Joch der schwerkapitalistischen Kandidatur Jarres. Aber der Rächer erhebt dem wahrhaft nationalen Geist. Die „Deutsche Zeitung“ beginnt die Fahne der Rebellion zu erheben. In einem heftigen Leitartikel mit der bezeichnenden Ueberschrift „Kirchhofstruhe“ spricht der völkische Oberfinanzrat Dr. Bang sicher aus der Seele zahlloser, die von der nationalen Regierung etwas anderes erwartet hatten, als ein Garantiersprechen für die Grenzen des Versailler Vertrages. Wütend beschimpft er das deutsche Volk, das wie „stumme Hunde“ sein Schicksal über sich ergehen lasse und jedes Empfinden für seine wirkliche Lage verloren habe. Der ganze Ingrimm über die ungeheure Anteilnahme, die die Massen des Volkes an dem Tode Eberts genommen haben, spricht aus jeder Zeile. Aber schlimmer als alles ist nach ihm die Tatsache, daß das Sicherheitsangebot Stresemanns durch das Stillschweigen des Volkes gedeckt werde. Weil das deutsche Volk mehr realen Sinn offenbart als die romanischen Phantasten nach dem Schlage des Kappisten Bang, wird es beschimpft: „Ein solches Volk ist, wenn es in Schwärmen verharret, wert, daß es mit eisernem Besen aus der Geschichte gefegt wird.“ Als erschütternd bezeichnet Bang die Tatsache, daß der Aufruf des Alldeutschen Verbandes lediglich von der „Kreuz-Zeitung“ abgedruckt wurde:

„Ist unser nationales Gewissen wirklich tot? Diese Frage muß, falls nicht eine grundsätzliche Aenderung eintritt, bejaht werden, soweit sich das nationale Gewissen in den heute verfassungsmäßig gegebenen Organen, also in der parlamentarischen Vertretung des nationalen Gedankens, darstellt. Denn hier könnte nationales Gewissen nur als nationale Opposition leben. Die aber ist tot. Es muß endlich ausgesprochen werden, daß an dem hier beklagten Zustand Volkes die unverantwortliche Aufgabe der unserem Volke mehr als einmal feierlich zugesagten nationalen Opposition mit schuld ist, jener Opposition, auf Grund deren die parlamentarische Vertretung des nationalen Gedankens überhaupt erst zustande gekommen ist. Seitdem ist aus einer wundervollen und verheißungreichen nationalen „Bewegung“ jener armfellige Parteilam geworden, an dem noch immer große Gedanken erstirbt sind. Seitdem sind unsern Volke „die Stimmhänder zerschritten“. Aus der Strategie eines großen Gedankens wurde die Taktik seiner schwachmütigen Vertretung, und diese Taktik endigt, wo sie enden muß: im Takt der deutschen Totenruhe.“

„Wer will denn, wenn er ehrlich ist, wagen, den „Vorwärts“ Lügen zu stecken, wenn er heute mit sattem Hohn immer wieder darauf hinweist, daß unter keinen Kabinetten so viel Erfüllung in Gold vorgenommen wurde, wie von den „bürgerlichen“, daß kein Kabinett Angebote wie das nationale von heute hätte machen dürfen, ohne vom „Nationalismus“ gesteinigt worden zu sein.“

Der Zeitpunkt ist gekommen, wo endgültig Jarre bekannt werden muß. Die parlamentarische Vertretung des nationalen Gedankens wird so oder so zunächst endgültig Stellung zu nehmen haben zu jener „Sicherheitsgarantie“, die denkbar ist nur mit freiwilliger Anerkennung der Schuldfrage, also mit der Verewigung jener Sündenschuld, die wir auf uns geladen haben, um „Schlimmeres zu verhüten“, und der wir die Vergiftung unseres ganzen Volks- und Staatslebens verdanken. Wenn wir in der Tat im Wege einer solchen Schuldfragegarantie endgültig mitleiden wollen sind wir wert, endgültig zugrunde zu geben.

Die nationalen Minister aber werden Rede und Antwort zu stehen haben, ob ihnen diese Vorgänge, die uns unter den Tiefstand des Regensburger Reichstags bringen, bekannt waren, und wenn das hoffentlich nicht der Fall ist, wie sie sich ihre weitere Mitwirkung an den Dingen von heute denken. Im Wirtwart der Reichspräsidentenwahl dürfen diese Dinge, die für uns Sein oder Nichtsein bedeuten, nicht verschwinden. Eine Politik des Kopf-in-den-Sand-Steckens ist unmöglich. Mit Schweigen laden die Schweizer durchaus dieselbe Verantwortung auf sich wie die Täter.“

Die Schwerindustrie und die Männer des Geschäfts denken nun allerdings anders als der nationalisistisch überspannte Oberfinanzrat. Ihnen ist das Geschäft alles, und der nationale Gedanke ist ihnen nur soweit wertvoll, als er das Geschäft erleichtert. Die Kreise der Wirtschaft haben aber längst eingeschaut, daß mit den nationalen Redensarten kein Geschäft zu machen ist. Deswegen anerkennen sie den Versäiler Vertrag, anerkennen sie das Dawes-Gutachten und sind sie zum Garantievertrag bereit. Die Deutschnationalen sind nie etwas anderes gewesen als die nationalisistisch verbrämten Schrittmacher der schwerindustriellen Unternehmer. Langst ist der Geist eines romantisch angehauchten, nationalisistisch verbrämten Staatsgedankens verflohen; geblieben ist das Phlegma der Geldverdienen, der Unternehmerrandi, der Kartelle und Trusts. Jarres ist ihr Mann, und in diesem Zeichen wollen sie liegen. Der Betrug, den sie damit an Millionen ihrer Wähler verüben, die aus ganz anderen Gründen deutschnational gewählt haben, wird ihnen deshalb noch teuer zu stehen kommen. In dem Deutschland der Arbeiter, Beamten und Angestellten ist dieser Traum einer schwerindustriellen Unternehmerherrschaft auf die Dauer genau so unmöglich wie die kindlichen Phantasien einer monarchistisch-reaktionären Restauration. Die Enttäuschung über den Verrat der Deutschnationalen wird nicht den Völkischen zugute kommen, sie wird genau so wie die Zerjerkung der Kommunisten der Sammlung der Volksmassen um das Banner der Sozialdemokratie dienen.

Die Hamburger V.V. gegen den Sicherheitspakt.

Hamburg, 18. März. (U.) Der Ausschuss der Vaterländischen Verbände hat in seiner heutigen Sitzung folgende Entschliessung gefasst: Der Ausschuss der Vaterländischen Verbände Groß-Hamburgs ersucht aus Pressenachrichten, die aus dem Auslande stammen, daß Herr Reichsaussenminister Dr. Stresemann dem Feindbund einen Sicherheitspakt angeboten hat, durch den wir auf unsere Ansprüche auf Zurückgewinnung der von den Feinden geraubten Gebiete im Westen unseres Vaterlandes auf immer verzichten. Der deutsche Reichsaussenminister will Frankreich von dem Abdruck eines deutschen Angriffes erlösen durch einen Vorschlag, von dem er selber sagt, daß er für das deutsche Gefühl bis an die Grenze des Möglichen gehen würde.

Schweizer Kritik an Stresemann.

Wegen seine Politik der verpöhten Gelegenheiten.

Genf, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ übt bei Besprechung der Antwortnote des Völkerbundes scharfe Kritik an der deutschen Völkerbundpolitik, die bis jetzt eine Geschichte „verpöhter Gelegenheiten“ sei. Jahrelang stellte sich Berlin gegenüber den Genfer Einladungen taub. Erst als MacDonald förmlich brüllte, fühlte man sich in Berlin eingeladen, und Ende September des vergangenen Jahres hat sich Stresemann entschlossen, „alsbald einzutreten“. Die Art, wie er an die Ausführung des Beschlusses des Reichskabinetts ging, hat in allen Völkerbundstaaten berechtigte Kritik hervorgerufen; denn es stellte sich heraus, daß „alsbald“ auf deutsch „so spät als möglich“ heißt. Darüber ging ein psychologischer Moment in Genf nach dem anderen für Deutschland ungenützt vorbei. Als dann das deutsche Memorandum an sämtliche Ratsmitglieder gefandt worden war, hielt Stresemann es für notwendig, seine Bedenken gegen Artikel 16 in einer besonderen Note auch dem Völkerbundrat als solchen vorzutragen, obwohl er die Ansichten jedes einzelnen Ratsmitgliedes aus ihren Antworten auf das Memorandum kannte. Das sah doch reichlich nach Ausflucht und Verzögerung aus. Das Blatt nennt dann die Antwortnote des Rats über den deutschen Eintritt eine goldene Brücke, die Deutschland betreten könne, wenn es nur wolle, und da Stresemann selbst heute überzeugt ist, daß der Fünfmächtepakt nicht außerhalb des Völkerbunds stehen kann, sei die langwierige Angelegenheit nun vielleicht doch noch auf das richtige Gleis gebracht worden.

Die Tragödie einer Stadt.

Von Paul Guimann

Ehe der Mensch sich's versieht, kann er zum Gegenstand einer Tragödie werden, oder, wie Schiller sagt: „Mit des Geschicks Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen.“ So ist der Bund, den das kleine schlesische Münsterberg geschlossen hatte, bekanntlich grausam zerrissen worden. Diese unglückliche Stadt, an deren anmutigen Namen sich die grauendsten Begebenheiten knüpfen, sieht sich in ihrer Seelenpein veranlaßt, folgenden Notzettel an die Deutschnationalen gelangen zu lassen: „Mit Bezug auf die schweren Schandthaten des Massenmörders Karl Dents sind eine Anzahl Broschüren, Schriften und Zeitungsartikel in Tausenden von Exemplaren verbreitet worden, durch welche direkt und indirekt gänzlich unbegründete Vorwürfe gegen Beamte und Wirtbürger Münsterbergs erhoben werden, teils sogar die ganze Einwohnerschaft Münsterbergs mißverantwortlich gemacht wird. Die städtischen Körperschaften sprechen die Hoffnung aus, daß jeder einsichtsvolle Mensch solche Schmähungen der ohnedies schwer betroffenen und geschädigten Münsterberger verurteilen und zurückweisen möge.“

Wenn man sich erinnert, welche Qualen das untadelige Rigdorf ausgestanden hat, bloß weil der Name nicht besonders vornehm klang, so wird man begreifen, daß die unverdiente Schmach, die ein verruchter Wirtbürger den Münsterbergern zufügte, ihnen wie Feuer auf der Seele brennt. An ihrem Fall zeigt sich die Solidarität der menschlichen Gesellschaft besonders deutlich. Kein vernünftiger Mensch wird die unglückliche Stadt für die in ihren Mauern begangenen Untaten verantwortlich machen und doch ist es der Name, der durch Zufall besudelt worden ist. Was konnte Stratford am Avon dafür, daß es einen Shakespeare gebar? Aber dieser unerhörte Mißgeschick ist noch heutigen Tages, nach dreieinhalb Jahrhunderten, für das sonst belanglose Nest eine Quelle des Stolz und der Einnahmen. Wissen an der Luze ist den meisten so unbekannt, wie ein Dorf im Notabelnland. Frage man jedoch einen der Bewohner dieses Städtchens nach seiner Bedeutung, so wird er mit nicht geringem Selbstgefühl den Namen Erdmann nennen. Ein Mädchen aus Rappin wird vielleicht gegenüber einem Bewerber aus Schwabenstein zu ihrer Mitgift noch den Namen Sudermann in die Waagschale werfen. Und Heidelberg, deren Ruhm es bisher gewesen ist, die schönste Ruine Deutschlands zu besitzen, wird von nun an stolz darauf sein, daß der Retter Deutschlands aus dem Zusammenbruch, Friedrich Ebert, als ein Kind dieser Stadt an Ehren reich geboren ward.

Welch ein Unglück hingegen, wenn der Name einer Familie oder einer Stadt mit einem Verbrechen in Zusammenhang gebracht wird. Ist es nicht ein namenloses Verhängnis, daß Münsterberg keinen seiner Kinder ein Denkmal errichten kann, dafür aber ein Denkmal erhält? Niemand kann ahnen, was ihm bevorsteht,

Jarres Plahhalter für Held?

Im zweiten Wahlgang zum Verschwinden bestimmt.

Herr Jarres, der Verlegenheitskandidat des Rechtsblocks, dem Herr Stresemann zur Kandidatur verholten hat, wird von der Rechten nur als Jährling für den ersten Wahlgang betrachtet. Er soll nach dem ersten Wahlgang wieder in die Ecke gestellt werden.

Die Deutsche Volkspartei und Herr Stresemann sind über diese Absichten schon heute alarmiert. Die „Zeit“ schreibt:

„In der gegnerischen Presse tauchen immerzu Andeutungen auf, als sei der überparteiliche Sammelkandidat Dr. Jarres nur für den ersten Wahlgang aufgestellt und als sei damit zu rechnen, daß im zweiten Wahlgang andere Vereinbarungen getroffen werden. Demgegenüber taun mit aller Entschiedenheit betont werden, daß der Rechtsblock für eine Kandidatur Dr. Jarres selbstverständlich gemillt und entschlossen ist, bis zur Entscheidung an der Kandidatur Dr. Jarres festzuhalten. Von irgendwelcher Absicht, im zweiten Wahlgang eine andere Kombination vorzusehen, kann gar nicht die Rede sein. Ob die Entscheidung erst im zweiten oder schon im ersten Wahlgang fällt, läßt sich noch nicht voraussagen. Auf jeden Fall werden die Parteien und Organisationen, die dem Rechtsblock angeschlossen sind, ihre ganze Kraft bereits im ersten Wahlgang einsetzen, um eine Entscheidung zugunsten von Dr. Jarres zu erzielen.“

Dies taktische Dementi, das die Anhänger des Rechtsblocks bei guter Stimmung für Jarres halten soll, deckt mehr auf, als es verhillen will. Man halte dazu folgende Äußerung der „Augsburger Postzeitung“:

„Man wird beim zweiten Wahlgang unter allen Umständen nach einer bürgerlichen Einheitskandidatur streben müssen. Der Verlauf der Verhandlungen hierüber in dem sogenannten Kurfürstenausschuss, wie der Voebell-Ausschuss auch genannt wird, dürfte wesentlich durch das Ergebnis der ersten Wahl beeinflusst werden. Schon jetzt hoffen wir, daß man in der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen sich darüber klar geworden ist, daß die Bayerische Volkspartei keine Hilfsgruppe für Herr Stresemann darstellt, auf dessen Befehl wir ohne weiteres rechts- oder linksrum machen.“

Die Bayerische Volkspartei eröffnet heute schon die Diskussion über die bürgerliche Sammelkandidatur im zweiten Wahlgang. Sie hat den Kandidaten dafür bereit: den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. In einer Zuschrift, die das „Berliner Tageblatt“ von seinem Münchener Korrespondenten erhält, heißt es:

Es ist außer Frage, daß sich ein Mann von den staatsmännischen Qualitäten Heinrich Helds in seiner jetzigen offiziellen Stellung als Oberhaupt des bayerischen Staates nicht zu einer bloßen Jährlingkandidatur hergegeben hätte.

Der Wahlausflug der Bayerischen Volkspartei legt besonderen Nachdruck auf die Feststellung, daß Heinrich Held sich als deutscher Staatsmann erwiesen habe. Man darf sich also unter Umständen auf einen weiteren überraschenden Vorstoß der stärksten bayerischen Partei gefaßt machen, und dieser Vorstoß könnte kein anderes Ziel haben, als im zweiten Wahlgang Herrn Jarres durch einen ihr genehmeren Kandidaten, etwa des rechten Zentrumsflügels — wenn nicht gar leihen Endes durch Heinrich Held — zu ersetzen und dadurch eine Einheitsfront und Rechtsmehrheit mit Einbeziehung der Wirtschaftspartei und des Zentrums herzustellen.

Die führenden Köpfe der Bayerischen Volkspartei sind natürlich zu klug und zu diplomatisch, um schon jetzt durch eine Festlegung für den zweiten Wahlgang ihre Karten aufzudecken. Man darf vielmehr sicher sein, daß der Name Heinrich Held im zweiten, entscheidenden Wahlgang nur dann zum Zuge kommen würde, wenn sich aus dem Ergebnis des ersten Wahlganges mit ziemlicher Sicherheit der Sieg der Rechtsparteien im zweiten Wahlgang voraussehen ließe.“

Es besteht also die Absicht, Herrn Jarres im zweiten Wahlgang durch Herrn Held zu ersetzen. Herr Held hat

sich in offiziellen Reden als Monarchist bekannt. Es ist klar, daß er sich als Statthalter eines kommenden Monarchen auf dem Präsidentenstuhle fühlen würde. Hinter der Kandidatur Held steht die Absicht, die parlamentarischen Verhältnisse auf ganz Deutschland zu übertragen.

Der Kampf gegen Jarres im ersten Wahlgang ist deshalb nicht minder ein Kampf für die Republik gegen monarchistische Gelüste. In Jarres gilt es, den Plahhalter des Monarchisten Held zu bekämpfen.

Veränderungen in Halle.

Polizeipräsident Runge zur Disposition gestellt.

Regierungsdirektor Dexe sein Nachfolger.

Wie wir erfahren, ist durch Beschluß des Staatsministeriums der bisherige Polizeipräsident von Halle, Runge, zur Disposition gestellt worden. Dieser Beschluß wird darauf zurückgeführt, daß das Polizeipräsidium inwieweit einer inzwischen erwiderten Verfügung aus der Zeit des Belagerungszustandes benutzte, um auf Grund dieser das Reden von Ausländern in den kommunistischen Wählerversammlungen zu verbieten. Erst dadurch sind die blutigen Zusammenstöße hervorgerufen worden, die so furchtbare Folgen hatten.

Zum Nachfolger Runges ist der bisherige Leiter der politischen Abteilung (IA) im Berliner Polizeipräsidium, Regierungsdirektor Dexe, ernannt worden, der ein alter Verwaltungsbeamter ist und politisch zur demokratischen Partei gehört.

Kommunistische Demonstrationen.

Halle, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Opfer des Zwischenfalls im Volkspark werden am Donnerstag beerdigt. Die Kommunisten beabsichtigen die Beisetzung der Opfer ihrer Taktik zu einer großen Kundgebung zu benutzen. Das Polizeipräsidium hat inzwischen ihr Programm für die Beisetzungsfeste abgelehnt. Es ist beabsichtigt, die Toten in einem gemeinsamen Grab neben den Märzgefallenen beizusetzen. Am Grab sollen mehrere Kommunisten zu Wort kommen. Die in den Krankenhäusern von Halle befindlichen Schwerverletzten sind sämtlich außer Lebensgefahr.

Sturm in der Kammer.

Der Herikale Schulstreik im Elsaß.

Paris, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer kam es am Dienstag Abend bei der Beratung des neuen Vermittlungsgesetzes für Elsaß-Lothringen zu außerordentlich stürmischen Zwischenfällen. Im Verlauf der Diskussion, die u. a. von dem elsässischen Abg. Walther geführt wurde, sprang Herriot erregt auf und rief: „Das Elsaß darf nicht der Zantapfel unserer Debatten werden!“ Als ein Abgeordneter der Opposition den Ministerpräsidenten mit einem beleidigenden Zwischenruf (etwa „Fohle!“) antwortete, entstand ein ungeheurer Tumult. Der Zwischenrufer Duplessy bestätigte dem Präsidenten den beleidigenden Ausdruck und erklärte, daß er ihn auf die ganze Mehrheit erweitere. Präsident Painlevé befragte die Kammer, ob über den Zwischenrufer die Zensur verhängt werden soll. Diese Frage wird bejaht. Der frühere Minister Le Trocqueur protestierte gegen diese Entscheidung, ohne aber in dem ungeheuren Tumult sprechen zu können. Soweit er verständlich war, wurde er derart ausfallend, daß der Präsident ihn zur Ordnung rufen und ihm das Wort entziehen mußte. Le Trocqueur setzte trotzdem seine Rede fort. Die Erregung der Linksmehrheit wurde derart, daß der Präsident sich zur Vertagung der Sitzung entschloß; als sie wieder eröffnet wurde, setzte Abg. Walther seine Rede fort. Auch jetzt kam es wieder zu einem stürmischen Zwischenfall, in dessen Verlauf die Rechtsopposition die Marschallaise anstimmte. Die Linke antwortete mit lauten Pfuirufen. Ministerpräsident Herriot verließ den Saal. Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Die französischen Sozialisten. In Reden ist der Besuch der französischen Schule sehr stark zurückgegangen, dafür mußte in der deutschen Schule, die zwei Klassen verloren hatte, eine neue Schulklassen eingerichtet werden.

kein Mensch, kein menschliches Gemeinwesen. Kein Städtchen ist so klein, man nennt's“, sagt Morgenstern. „Brenzlau, Buzlau kennt man selbst im Dunkeln, dank des Dampfes verkündender Lendenz.“ Aber keins dieser Rester kann wissen, ob es morgen zu fröhlicher oder zu trauriger Berühmtheit erwachen wird.

Gauls Menschenaffe in der Nationalgalerie. Ludwig Justi hat für die Berliner Nationalgalerie den großen steinernen Menschenaffen erworben, das letzte Werk von August Gaul, dem 1922 verstorbenen Berliner Meister. Das Bildwerk war nach Gauls Tode von einem Kreslauer Sammler angekauft worden, nun hat es die preussische Staatssammlung sich sichern können. Als der große Affe damals auf der Gedächtnisausstellung in der Berliner Akademie der Künste den Mittelpunkt bildete, sagte Max Liebermann in der Eröffnungsrede: „Es ist nicht nur sein Leibes, sondern auch sein bedeutendstes Werk. Ein gewaltiges Werk. Vor 23 Jahren machte er dazu die erste Skizze, die sich auch in der Ausstellung befindet. Es ist, als ob er seinen frühen Tod herannahen fühlte und alles, was in ihm war, noch einmal vor seinem Dahinscheiden zum Ausdruck bringen wollte: die Entwicklung seines ganzen Lebens, die Entwicklung vom Schüler zum Meister liegt darin. Bis in die letzten Tage seines Lebens hat er daran gearbeitet. Und es war rührend, zu sehen, wie er tollfröhlich, zu schwach, um selber den Meißel zu führen, dem Gehilfen mit dem Meißel auf dem Stein vorzeichnete, was er wegzuhauen habe.“ Mit diesem Werk erhält die Nationalgalerie die notwendige Ergänzung zu den Meisterwerken von Gauls früherer Zeit, die Hugo von Schudi erworben, dem Bronzelöwen von 1904 und den ruhenden Schafen in Kalkstein, die Gaul bald nach seinem römischen Aufenthalt modellierte.

Der neue Kurs in der Goethe-Bühne. Gestern Abend führte sich der neue Leiter der Goethe-Bühne, Robert Birk, mit einer Vorrede und einer Tat ein. In der Vorrede betonte er, daß mit der Vergangenheit der Bühne gebrochen werden und ernste Arbeit getan werden solle. Mit der darauffolgenden Aufführung von Bedekinds „Rusi“ bewies er durch seine Regie, daß er zu halten gedankt, was er verspricht. Die Goethe-Bühne ist aus der Dilettiererei heraus, sie wird sich in Zukunft sehen lassen können. Bedekinds Sittengemäße ist inhaltlich — es behandelt das Schicksal einer Ruffschülerin, die dem Abtreibungsparagrafen zum Opfer fällt — sehr aktuell, aber seine kostportagehafte Einleitung, das Lam-tam der Liebertrübung hat längst den Reiz der Neuheit verloren. Richten sich in Bedekinds naturalistische und expressionistische Elemente, so konnte die Aufführung sich auch nicht davon frei machen. (Rehner hat deshalb eine geteilte Bühne für den „Marquis von Keith“ probiert.) Am wenigsten Bedekinds hatte Ferdinand Bonn, der mit gewohnter Routine den geprangerten (aber von Bedekind nicht vermenschlichten) Gejangspädagogen Rehner spielte. Er war zu alt in der Waise, zu gelassen im Ton. Das Erlebnis des Abends war Maria Reufkirchen, die verführte und durch alle Lebensnot gezeigte Ruffschülerin. Die Qualen des Gefängnisses (im zweiten Bilde) brachte sie unter Einsatz des ganzen Menschens erregend zum Ausdruck. Auch im letzten Akt hatte sie im seelischen Zusammenbruch große Momente. Die hysterisch, zwischen Mitleid und Berechnung

hin- und herpendelnde Frau Reihner war Billi Sandor, unnatürlich edel. Scharf umrissen waren die Gefängnisausseherin der Elisabeth Bechtel und der Gefängnisdirektor Harry Försters (im besten Leutnantston). Der Abend, der lebhaften Beifall werte, wird hoffentlich der Luftart einer immer leistungsfähigeren Goethe-Bühne sein.

Grünwald-Zeichnungen im Berliner Kupferstich-Kabinett. Dem Berliner Kupferstich-Kabinett ist es gelungen, wie im „Gicrone“ mitgeteilt wird, sich einen der größten deutschen Kunstschätze, der noch im Privatbesitz war, zu sichern. Es sind dies sechs der prachtvollsten Zeichnungen von Matthias Grünwald, die früher dem Frankfurter Patrizier v. Savigny gehörten. Unter den 22 Zeichnungen, die man bisher von diesem großen rätselhaften Meister kennt, nehmen diese Blätter durch ihre künstlerische Bedeutung die erste Stelle ein. Es sind teilweise Vorstudien zu bekannten Bildern des Meisters, wie für die Stumpacher Madonna und die Karlsruher Kreuzigung; zum Teil sind es frei erfundene Studien, die vielleicht noch einmal die Spur weisen werden, um heute verschollene Originals des Künstlers festzustellen.

Die Tragödie eines Erfinders. A. S. Guiard, ein in England naturalisierter Franzose, der seit vielen Jahren an der Erfindung eines neuartigen Motors arbeitete, schied vor kurzem unter tragischen Umständen gewaltsam mit seiner Frau aus dem Leben. Da es ihm trotz allen Anstrengungen nicht gelingen wollte, das englische Patentamt von dem Wert seiner Erfindung zu überzeugen, zertrümmerte er in einem Anfall von Verzweiflung die Modelle, die er eigenhändig angefertigt hatte und stieß sodann sein Messer in Brand, nachdem er es vom Keller bis zum Giebel mit Petroleum getränkt hatte. Vorher erschoss er, mit ihrer Einwilligung, seine Frau. Dann stürzte er sich in die Flamme, die dank der getroffenen Vorkehrungen schnell aufloderte. Bei dem Motor Guiards, den die englische Behörde als nicht patentfähig bezeichnete, soll es sich um eine Erfindung handeln, die auf einem originellen Gedanken beruht; aber Guiard trug offenbar nicht die genügenden technischen Fähigkeiten, um ihn in einwandfreier Weise zu verwirklichen. An einem an seinen Rechtsanwalt gerichteten Schreiben erhob er gegen die Beamten des Patentamts den Vorwurf, daß sie seine Erfindung in böswilliger Weise unterdrückt hätten, um ihn zugrunde zu richten. Doch das war zweifellos nicht der Fall; denn aus den Akten ergibt sich, daß die Einwände, die gegen die Erfindung Guiards erhoben wurden, durchaus gerechtfertigt waren.

Vortrag Bruno Lant. Der zweite Nachbörsvortrag Bruno Lant über „Die neue Bewegung als Schöpfung der Frau“, zu dem die Volkshäuser (E. A.) einladet, findet Sonnabend, 19. Mrz. im Saal des Kunstgeweremusikums statt.

Die Jelloworstellung der Bühnengenossen „Holl. Diebelst“ magte in Folge technischer Schwierigkeiten auf den Herbst verlegt werden.

Die größte Kirchenorgel Europas. Die große Orgel des Veltauer Domes wird zurzeit vollständig umgebaut und bedeutend vergrößert. Statt der bisherigen 67 klingenden Stimmen, soll sie nun deren 170 und 2 Manuale erhalten und wird damit die größte Kirchenorgel Europas.

Ehren-Gobert als Kronzeuge.

Aus der Haft vorgeführt.

B. S. Magdeburg, den 18. März 1925. Nach Beginn der heutigen Verhandlung des Rathbar-Prozesses verlas der Vorsitzende zunächst ein Schreiben des Oberregierungsrats Dr. Henniger, in dem er mitteilt, daß er offenbar falsch verstanden worden sei, als er über die drohende Einziehung des damaligen Abgeordneten Ehrenausgabe die Einziehung sei nicht nach dem Streik, sondern bereits viel früher erzwungen worden.

Dann wurde der Zeuge Paul Gobert aus der Haft vorgeführt. Dieser erklärte: Während des Kriegs sei er bis 1915 eingezogen und zeitweise in einer Reservellenkstatt in Gent interniert gewesen, nachdem er 1915 verhaftet worden war. Er wurde dann entlassen, später aber auf Grund des Hilfsdienstgesetzes wieder eingezogen und kam in die Reichswerke nach Spandau, wo er bis zum Ausbruch der Revolution tätig war. Vorl.: In welchem Werk waren Sie tätig? Zeuge: Herr Vorsteher, das weiß ich nicht mehr, denn ich wurde viel umhergeschickt. Vorl.: Haben Sie damals auch gestreikt? Zeuge: Nein, zur Verhinderung in Treptow ging ich aber doch, weil ich Nachschicht hatte. Vorl.: Bei welcher Partei waren Sie organisiert? Zeuge: Bei gar keiner, meine Gesinnung ist trotzdem national. Daraus mache ich keinen Hehl.

Vorl.: Streikten denn alle Arbeiter? Zeuge: Nein, die nationale Gesinnung hatten, arbeiteten. Am 31. Januar 1918 jubelten wir, vier bis fünf Mann, nach Treptow, da bekannt gegeben war, daß Ebert sprechen sollte. Vorl.: Wußten Sie nicht, daß anderswo auch sozialistische Abgeordnete sprechen würden? Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. In Treptow sprach zuerst Herr Ebert. Viele Menschen waren nicht da, ich habe etwa 100-150 geredet. In einer Höhle stand Herr Ebert. Ich war etwa 15-20 Meter entfernt. Vorl.: Was haben Sie denn gehört? Zeuge: Von „Genossen in Rußland nicht im Stich lassen“ oder so. Wir wollten aber was von Bestimmungsbefehlen hören. Deshalb schrieb ich einen Zettel, ob wir uns stellen sollten. Ebert hat mir geantwortet, daß Bestimmungsbefehle nicht befolgt werden sollen, wir sollten uns an die Partei wenden. Vorl.: Das haben andere nicht gehört. Zeuge: Die haben keinen Mut, das zu sagen. Sie sollen nur der Wahrheit die Ehre geben. Vorl.: Haben Sie das vielleicht auch anderswo gehört, daß man Bestimmungsbefehle nicht Folge leisten sollte? Zeuge: Das habe ich auch schon im Betriebe gehört.

Der Vorsitzende fragt den Zeugen, was auf dem Zettel stand, den er Ebert gegeben habe. Gobert erwidert, er besitze sich auf den Zettel, den er im ersten Prozeß nach der Erinnerung geschrieben habe. Er habe geschrieben:

„Was denkt Herr Ebert vom Streik?“

Vorl.: Sie haben auf dem Zettel nach Ihrer ersten Aussage geschrieben: „Wie sollen wir uns zu den Bestimmungsbefehlen verhalten?“ Hat denn Herr Ebert nicht vielmehr gesagt:

„Bestimmungsbefehle ist Folge zu leisten?“

Zeuge: Das ist ausgeschlossen, es kann ja sein, daß er das gesagt hat, aber ich habe das so aufgefaßt. Vorl.: Da widersprechen Sie sich doch in einem Satz.

Zeuge: Ebert sagte: „Bestimmungsbefehle ist keine Folge zu leisten.“ Vorl.: Haben Sie sich später wegen Unterstellung an den Reichspräsidenten gewandt? Zeuge: Ich habe Verweise im besetzten Gebiet gehabt, und da ich von der Fürsorge nichts bekommen habe, so wandte ich mich an ihn. Vorl.: Waren Sie damals schon in Untersuchungshaft? Zeuge: Als ich aus der Haft heraus war. Vorl.: Da muß doch gegen Sie etwas vorgelegen haben, wenn die Fürsorge Ihnen die Besitze herrte? Zeuge: Ich bin wegen einer nationalen Tat mit 15 Monaten bestraft.

Vorl.: Sie sind bestraft wegen Fälschung von Sammellisten und Unterschlagung gesammelter Gelder.

Zeuge: Ich nehme es auf meinen Eid, daß ich nicht einen Pfennig für mich behalten habe. Die Fälschungen gebe ich zu. Vorl.: Sie sind noch öfter bestraft worden, so wegen Betruges zu 12 Monaten Gefängnis im Jahre 1914. — Zeuge: Ich habe immer erachtet, den Keil, der den Finger hochgehoben hat, wegen Meinungsänderung zu lassen. — Vorl.: In Hamburg sind Sie wegen Betruges zu 6 Wochen verurteilt worden. — Zeuge: Das habe ich zugegeben, da bin ich mit 6 Wochen davongekommen. — Vorl.: Na und in Dortmund? — Zeuge: Da habe ich auch Wech gehabit, denn da hob ein Weib die Hand hoch. Ich bin ehrlich, Herr Gerichtshof, ich habe in Spandau dem Staatsanwalt gesagt, daß im Ruhrgebiet 20 Millionen bei liegen. Ich habe meine Finger reingehalten. — Vorl.: In Charlottenburg sind Sie auch wegen Betruges verurteilt? — Zeuge (weinend): Ein Justizverbrechen ist an mir verübt. Da haben mich die Verwandten meiner Frau reingeritten. — Vorl.: Von der Verurteilung des Zeugen wollen wir vorläufig Abstand nehmen. — Zeuge: Nachdem ich vom Reichspräsidenten keine Unterstützung bekommen habe, bin ich zu einer alten Dame in der Klopffabrik gegangen. Die sagte zu mir, ich solle mich schämen, daß ich mich als nationaler Mann an den Sozialdemokraten Ebert gewandt habe. Da habe ich gesagt, die Dame solle sich schämen, sie sei ja viel zu alt. — Vorl.: Das war aber höchst ungezogen von Ihnen. — Zeuge: Warum gibt mir der Staat nicht das, was ich brauche, dann brauchte ich nicht zu betteln. Heute bin ich ein armer Mann, der Geld und Ansehen verloren.

Der folgende Zeuge Oberregierungssekretär Paul Bey im Bureau des Reichspräsidenten

fertigte die Personen ab, die sich wegen Unterstützung an den Reichspräsidenten wandten. Gobert hatte sich im März vorigen Jahres an das Bureau gewandt. Die Jenseitsstelle für Flüchtlingsfürsorge warnte vor den Mann. Gobert erwiderte dann selbst im Bureau und machte einen statt angetrauten Eindruck. Gobert brauste auf, als er hörte, daß er nichts bekommen, verlangte dann wenigstens 10 M., um nach Dortmund zu fahren. Am selben Tage traf ich ihn in dem

Jug zum Rennen nach Hoppegarten.

Der folgende Zeuge, Elektromonteur Froese, arbeitete während des Krieges bei der Firma Goetz in Friedenau. Ich gehörte seiner politischen Partei an, bekam aber einen Handzettel der „Revolutionären Obleute“, in dem zum Streik aufgefordert wurde. Vorl.: Weshalb streikten Sie denn? Zeuge: Wir hatten mangelnden Hunger und wollten mehr Essen haben. Der Zeuge schildert dann, daß er die Versammlung in Treptow besucht habe. In Treptow seien 30 000 bis 40 000 Mann gewesen. — Vorl.: Warum gingen Sie gerade nach Treptow? — Zeuge: Weil uns gesagt worden war, daß wir in Treptow über den Streik näheren Bescheid bekommen sollten. In Treptow hörte ich Herrn Ebert, den ich aus Bezirksversammlungen der SPD kannte. Ebert sprach ziemlich leise und machte uns

vorwärts, daß wir leistungsgemäße in den Streik gegangen seien. Die Arbeiter der feindlichen Länder arbeiteten jede Stunde, während wir das Vaterland in Gefahr brachten. Dann wurde Ebert ein Zettel zugereicht, den er in die Tasche steckte. Dann rief ihm jemand zu: „Wie ist das mit den Bestimmungsbefehlen?“ Ebert antwortete: „Bestimmungsbefehle müßt ihr natürlich Folge leisten. Wir werden von der Partei aus nach Möglichkeit für Rückgängigmachung sorgen.“ Darauf wurde geflüstert: „Verästel, Bremer usw.“ — Vorl.: Haben Sie gehört, daß Herr Ebert sagte: „Eure Forderungen sind gerecht?“ — Zeuge: Er sagte, daß er unsere Forderungen für berechtigt halte. — Vorl.: Sagte er, haltet ruhig aus? — Zeuge: Nein.

er meinte, daß wir unsere Tage noch einige Zeit ertragen müßten. Zuletzt waren Eberts Ausführungen nicht mehr zu verstehen, weil der Redner zu groß war.

Sozialdemokratie und Reichspräsidentenwahl.

Die gestrigen großen Volksversammlungen, die unter dem Motto: „Sozialdemokratie und Reichspräsidentenwahl“ überall in Groß-Berlin stattfanden, waren alle überfüllt, alle zeigten einen glänzenden Erfolg. Das ist ein erfreuliches Vorzeichen für die Aussichten des Wahlskampfes, der in diesen Tagen mit aller Macht eingeleitet hat. Abermals wird von erbitterten Gegnern auf der radikalen Rechten und auf der radikalen Linken mit von niedrigem Hof genährter Verleumdung gearbeitet werden, abermals werden alle Gemüter aufgerüttelt, doch das Gute, in diesem Fall ein Präsident, der ehrlicher Diener der Republik und somit auch des ganzen Volkes ist, wird sich dennoch Bahn brechen. Wir tragen noch die Berichte über folgende Versammlungen nach:

In Reinickendorf-Ost

sprach Genosse Franz Künstler. Er führte aus, daß Deutschland das einzige Land in der Welt sei, daß sein Volksoberhaupt durch eine Volkswahl erwählt. Das deutsche Volk müsse zeigen, daß es reif sei, einen Mann an die Spitze des Staates zu stellen, der wirklich die Interessen des Staates und der Allgemeinheit vertreten kann. Der Kandidat des Rechtsblocks, oder wie er sich schamhafterweise nenne: „Rechtsblock“, sei nichts weiter als der Bloßhalter für die Monarchie. Und was die Monarchen selbst wert seien, das belege Genosse Künstler an Hand zahlreicher Zitate, aus Aufzeichnungen und Büchern vor dem Kriege. Der Geist, der in diesem Rechtsblock herrsche, werde gekennzeichnet durch die Unterschriften, die unter dem Ausruf für Jarres stehen. So befinden sich darunter der Führer der Mörderorganisation, Rißinger, der betäubigte Führer der Balktumer, v. d. Spiz u. a. Jarres selbst sei bekannt als Vertreter jener Politik, die nach der Liquidation des Ruhrabenteuers die Rheinlande den Feinden ohne weiteres preisgeben wollen. Wenn die Republik, wie sie jetzt ist, auch noch nicht das Ideal für uns Sozialdemokraten darstellt, so ist sie doch eine geeignete Grundlage für unser soziales Ideal, und deswegen darf bei der Reichspräsidentenwahl nur ein zuverlässiger republikanischer Kandidat gewählt werden. Die einzige wirklich zuverlässige republikanische Partei aber sei die sozialdemokratische. Ihr Kandidat Otto Braun ist ebenso wie Genosse Ebert, dessen Wirken als Reichspräsident im In- und Auslande ihm die denkbar größte Anerkennung eingetragen hat, aus dem Volke hervorgegangen. Genosse Braun ist ein aufrichtiger Charakter, gegen den selbst von den Gegnern nichts entgegenzusetzen wäre. Genosse Braun hat aber auch, wie von seinen Mitarbeitern im Preußenkabinett anerkannt worden sei, staatsmännische Fähigkeiten seltener Art bewiesen, und deswegen gibt es für die Masse der Hand- und Kopfarbeiter in dieser Präsidentschaftswahl nur einen Kandidaten, den Kandidaten der Sozialdemokratie, Otto Braun. — Die sehr temperamentooll vorgetragenen Ausführungen machten auf die Versammlung den denkbar besten Ein-

druck, so daß auf jede Ausdrucksweise verzichtet wurde. Man einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Leiter die sehr gut erläuterte Versammlung.

In Schöneberg

sprach vor einer sehr gut besuchten Wählerversammlung in der Schloßbrauerei Genosse Crispian. Der Redner ging von der französischen Revolution aus, zog treffende Vergleiche mit dem damaligen preussischen Staat, sprach von den Stein-Hardenberg'schen Reformen, die man dem Volke geben wollte. Doch wo blieben diese Versprechungen? Die brutale Herrschaft der ostelbischen Adligen und Junker sorgte dafür, daß der Bevölkerung keine Zugeständnisse gemacht wurden. Nach dem gewonnenen Krieg und der Niederwerfung des Militärdiktators Napoleon 1813/15 hoffte das Volk nun endlich, auch die vom König gegebenen Versprechungen eingelöst zu sehen. Doch nichts geschah. Erinnert sei an die Burschenschaften von damals und an die bürgerliche Jugend, die sich überzeugt der revolutionären Bewegung angeschlossen, heute aber im Lager der Reaktion sitzen und ihr Kriegsgeschrei gegen alles Revolutionäre ertönen lassen. Der 18. März 1848 machte. Auf den Barricaden hatte das Volk durch zahlreiche blutige Opfer den Sieg errungen, die Herrschaft aber trat die Reaktion an. Erreicht waren einige bescheidene Volksrechte. Inmitten der bürgerlichen Revolutionen des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts wuchs die proletarische Bewegung. Reif wurde die Republik eigentlich erst 1918 für das Proletariat. Die Macht, die bisher in den Händen Wilhelm II. gelegen hatte, der über Krieg und Frieden, über Leben und Tod seiner Untertanen bestimmte, war gebrochen. Wieder ist die Reaktion jetzt an der Arbeit, unser Werk zu zerstören. Unsere Aufgabe ist es, der Republik einen sozialen Inhalt zu geben, mit dem wir uns abfinden können. Die wahre Volksrepublik zu schaffen und die Befreiung der Massen, das ist unsere weitere große Aufgabe. Unser Kandidat zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl ist Otto Braun. Schaut alles um uns und haltet damit wir den Kampf ehrenvoll bestehen. Terror und Blutherrschaft, wie sie in der Sowjetunion bestehen, lehnen wir ab. Wir wollen eine klassenfreie Gesellschaft, denn dann erst ist der Aufstieg gegeben. Nicht umsonst sollen die Bienen ihr Leben für die Revolution gelassen haben. Es wird und muß uns gelingen, den revolutionären Gedanken in alle Länder zu tragen, um unsere Fahnen auf den kapitalistischen Zwingburgen aufzupflanzen. — Der Arbeitergesangsverein „Freundschaft“ und der Sprecher der SPD brachten vollendete Darbietungen. Ein Hoch auf die SPD, und die Internationale, die von den Anwesenden lebend gesungen wurde, beendete die mächtige Versammlung. Mitglieder des Reichsbanners hatten den Saalstuhle übernommen, so daß es nicht zu Störungen kam.

Zum 18. März.

Eingebettet in Eis und Schnee liegen im Friedrichshain die Toten zweier Revolutionen. Vermitterte Steine lasten auf den Gräbern der Märzgefallenen des Jahres 1848, die als Vorkämpfer für die bürgerliche Freiheit starben. Jahr um Jahr ehrt das Proletariat diese Toten, die den Mut hatten, für eine Idee, die Idee des freien, demokratischen Staates, ihr Leben einzusetzen. Langsam nur schreitet die Geschichte, viel zu langsam für den unruhigen Geist vorwärts strebender, kurzlebiger Menschen.

Erst drei Vierteljahrhunderte nach der bürgerlichen Revolution von 1848 wurde die demokratische Republik zur Wirklichkeit. Arbeiter waren es, die sie schufen aus grenzenlosem Zusammenbruch. Arbeiter vor allem sind es, die sie stützen und bemüht für sie eintreten. Sie allein sind berechtigt, das Andenken dieser Toten zu ehren, deren Idee sie verwirklichen durften. Immer waren sie innerlich verbunden mit diesen Kämpfern, die von den Epigonen des Bürgertums von 1848 stets gemieden wurden, die nicht den Mut fanden, sich zu ihnen zu bekennen. Noch heute im freien Volksstaat fehlt den „Demokraten“ des Berliner Rathhauses dieser Bekennertum, der allein Achtung und Respekt der Gegner zu erringen vermag. Dieser Friedhof, der in der Republik wie ein totes aber heiligem gehütet werden müßte, liegt verstaubt und verlassen im Friedrichshain. Keine Tafel weist zu ihm, kein Ehrenmal ziert ihn. Als vor zwei Jahren die 75jährige Wiederkehr der Kampfstage von 1848 jene Ereignisse in allen christlichen Republikanern mit größerer Macht als sonst lebendig werden ließ und die Forderung nach würdigerer Gestaltung dieses stillen Friedhofs erhoben wurde, fehlte den „Demokraten“ des Berliner Rathhauses der Mut, dieser an sich selbstverständlichen Forderung zu entsprechen. So bleibt der Friedhof der Märzgefallenen bestehen als eine kühle Anlage gegen jene „Republikaner“, denen der feste Wille fehlt, das Werk dieser Toten mit aufrichtigem Bekenntnis zu schätzen und auszugestalten.

Auf dem Friedhof

Hier ist es in frühen Morgenstunden noch recht ruhig. Der Friedhof selbst hat durch das Bestreuen mit Friedlichshain einfachen, aber würdigen Schmuck erhalten. So stehen am Eingang zwei schlichte Lannobelisken, die Wege sind sauber. Dann und wann nahen Kranzdeputationen. Berechtigt sind die Gräber geschmückt. Die Kommunisten legen ihre Kränze auf die Gräber der Rosemberggefallenen von 1918 nieder, zu den Märzgefallenen von 1848 finden sie den Weg nicht. Verlag und Redaktion des „Vorwärts“ legten einen Kranz nieder, der folgenden Spruch trug:

Unser Gedanke Euch nie verläßt!
Was Ihr erstrebt, wir hollen's fest!
Für Ihr Starbet, in uns lebt's und spricht's,
Märztagehelden, seid uns gegrüßt!

Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schickte einen Kranz mit folgendem Spruch:

Müßt für die Freiheit Du tapfer Dich schlagen,
Zuerst dann mit keinschem Borurtel brich,
Frage nicht viel, was die Gegner sagen,
Und wenn sie Dich loben, dann schäme Dich!

Inzwischen ist die Abordnung des Reichsbanners Schwarz, Rot, Gold, Gau Berlin-Brandenburg, erschienen. Hier weist die Kranzschleife, die in den Reichsfarben gehalten ist, den Spruch auf:

Vaterland, wir schänden,
Lehret Tropfen Blut soll Dir gehören!

Der zweite Teil der Schleife trägt die Worte:
Den Vorkämpfern für Freiheit und Recht!

Ferner ist der Friedensbund der Kriegsteilnehmer vertreten, und auch inhaltreiche Worte tragen die Schleife:

In Eurem Geiste rastlos weiterzukämpfen
Für Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit
Geloben wir!

Durch einen Sturz vom Straßenbahnwagen getötet. Die sechsjährige Frau Wilhelmine des Posthilfslenten A. D. Laubstein aus der Harzer Straße 38 hier, wahrscheinlich infolge eines Schwindel-anfalles, in der Eisenstraße von der vorderen Plattform eines Wagens der Linie 11 auf das Pflaster und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie im Krankenhaus starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Gefängnis im Siechenhaus.

Der Gefangenenwärter als Mädchen für alles.

Die geradezu unhaltbaren Zustände im Potsdamer Gefängnis wurden in einer Sitzung vor dem Potsdamer Amtsgericht recht grell beleuchtet. Wegen fahrlässiger Gefangenenuntersuchung war der Polizeigefängnisoberwachtmeister Böttner angeklagt. Am 25. Februar gelang es einem Polen, der sich in dem Gefängnis in Schuchhals befand, auszubrechen. Besonders schwer ist ihm die Flucht nicht gemacht worden, wenn man hört, daß sich das Gefängnis im alten Siechenhaus befindet, die Fensterrahmen und Trüllen mit Kalk eingelassen sind und der Angeklagte 24 Stunden Dienst mit vierstündiger Nachtruhe abmachen muß, wenn das Gefängnis belegt ist. Nur einmal in der Woche und allen zweiten Sonntag kommt eine Vertretung. Er ist sozusagen das „Mädchen für alles“. Ohne Werkzeug, nur mit der Hand war es dem Gefangenen gelungen, die Sicherungen vor dem Fenster, welches bequem über der Jalousie liegt, zu entfernen. Als der Vorsitzende den Angeklagten fragt, wann er eigentlich schlafte, da er doch nachts um 2 und um 5 Uhr residieren muß, meinte dieser: „Herr Rat, nur so zwischendurch schlaf ich; ich bin doch immer in Alarmbereitschaft.“ Wie bausüßig dieses Gefängnis ist, kann man daraus ersehen, daß kurz vorher ein anderer Gefangener ohne Schwierigkeiten die Mauersteine entfernen konnte und das Weite suchte. „Das Primitivste, was es gibt, ist dieses Potsdamer Polizeigefängnis“, meinte der Verteidiger Justizrat Joesohn und Stadtverordnete von Potsdam. Nur eine Zelle im Gefängnis ist dem Freiheitsdrang widerstandsfähig. Das Gericht erkannte anstelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von drei Wochen auf 63 M. Geldstrafe. Dem Angeklagten wird nachgelassen, in Anbetracht seiner schlechten Beschaffung — er erhält nur 180 M. und keine freie Dienstwohnung — die Strafe in Raten abzahlen zu dürfen. Der Angeklagte will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Reiber und Weinsüßeln.

Draußen liegt Schnee, und die Natur sieht alles anders, nur nicht frühlingemäßig bunt und bemegt aus. Das alles kümmert die Mode und die Modenschäfte nicht. Jetzt hat A. Wertheim die neuesten Frühjahrskleider gezeigt und, um die Vorführung stimmungsvoller zu gestalten, haben geschickte Dekorateurs den Saal, in dem die Modenschau vor sich geht, geschmackvoll einstellt und eine runde Bühne mit hochgebauten Wandelgängen geschaffen. Und davor und ringsherum sitzt das interessierte Publikum. Wer etwa mit dabei war und nicht andere Sorgen hatte als auf die Segnungen der neuesten Mode zu achten, der konnte mit Erstaunen wahrnehmen, daß die Mode von heute einen durchaus männlichen Charakter hat. Die Damenmäntel sehen genau so aus wie die Herrenmäntel, und auch die Jackets zeigen einen ausgeprägten männlichen Schnitt. Damit hält die Modenmode gleichen Schritt. Auch die Hüte richten sich in der Form nach den Herrenhüten. Wenn die elegante Dame dermaßen kostümiert sich auf den Straßen sehen läßt, wird das wie ein einziges großes Preisrätsel sein: Frau oder Mann! Nun, dazu kann man nur mit dem unmodernen Frig Reiter sagen: „Wer's mag, der mag's, und wer's nicht mag, der wird es wohl nicht mögen!“

Im Palais de Danke zeigte das bekannte Modellhaus Max Bedner, Eljafer Straße 53, seine neuesten Modelle: Morgen- und Abend-, Sport- und Sommerkleider, Nachmittagskostüme, Garconne-Kostüme und Mäntel. Sämtliche Kleider und Kostüme waren aparte Schöpfungen von erstem Ordnung Geschmack im archaischen und ganzen die Note vornehmer Einfachheit betonen. Elsa Herzog hatte die modische Leinwand übernommen, so daß alles tadellos klappte. Max Hansen vom Retropol-Theater konfertierte, glotterte amüsiert, während Ellen Slavides und Anita Dickstein voll Grazie einen Wiener Walzer tanzten.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche eine Sitzung am Donnerstag um 7 1/2 Uhr. Das vorletzte Arbeitspensum ist wieder recht reichlich, weil immer wieder viele Reize aus früheren Sitzungen übernommen werden müssen. Dem neuen Haushaltplan kann der Magistrat erst nach Beginn des neuen Geschäftsjahres zur Beratung vorlegen, so daß jetzt ein Beschluß über vorläufige Regelung der Haushaltwirtschaft nötig wird.

Petroleum umsonst gab es heute morgen plötzlich und unerwartet in der Winterstraße. Dort war ein großer Wagen der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Akt.-Ges. von einem Automobil angefahren worden, so daß er leck wurde. Die Anwohner, vor allem Frauen, eilten mit Eimern, Konservebüchsen und allen möglichen Schöpfgegenständen herbei, um das Petroleum aufzufangen. Als das Petroleumfließen am höchsten gestiegen war und sogar Kinder mit Nischköpfen auf der Straße erschienen, war ein Bassin herbeigeschafft worden, das die übrigegebliebene Flüssigkeit in höheren Gemächern aufnahm.

Erweiterungspläne der Technischen Hochschule?

In der Aula der Berliner Technischen Hochschule und in dem vom Prof. Max Ruffmann neu ausgestatteten Senatsszimmer fand ein Vortragabend statt. Anschließend hielt der Direktor der Berliner Technischen Hochschule, Prof. Blund, einen Vortrag über ihre Erweiterungspläne, der das Ergebnis gemeinsamer Überlegung Blunds mit dem Vertreter der Staatsbauverwaltung, Regierungsbauinspektor Dr. Kuhberg, darstellt.

Die Hauptgedanken sind: Der vor etwa 40 Jahren errichtete Neubau der zur Hochschule vereinigten Akademien für Baukunst und Gewerbe war so großzügig angelegt, daß bisher nur geringe Erweiterungen nötig waren. Jetzt allerdings herrscht seit mehreren Jahren äußerster Raumnot, die wichtigsten Institute und Laboratorien sind beengt und provisorisch untergebracht, die Zustände zum Teil lebensgefährlich; auch erscheint hierdurch die Möglichkeit gefährdet, Kräfte ersten Ranges für freiverdende Professuren zu erhalten. Die Studentenschaft mit ihren Wirtschaftsbetrieben haust vorläufig in Baracken in der Kurfürstendammallee, deren Lebensdauer nur kurz ist. Die rein baulich so großartige erste Anlage frontiert an dem unglücklich gewählten spärlich dreieckigen Bauplatz, der eigentlich durch die ursprünglichen Bauten völlig in Anspruch genommen war. Die Erbauer hatten eine so rasche Entwicklung der Technik, wie sie eingetreten ist, nicht vorausgesehen.

Die bisherigen Erweiterungen beeinträchtigen aufs ungünstigste die alten Gebäude, weil sie mit ihnen wegen der Enge des Bauplatzes in seinen organischen Zusammenhang gebracht werden konnten. Seit einigen Jahren sind infolgedessen die neuesten Erweiterungsbauten auf dem Gelände untergebracht, das zwischen Kurfürstendammallee und Hardenbergstraße der Hochschule rückwärts gegenüber liegt, neben der Hochschule für die bildenden Künste und derjenigen für Kirchenmusik. Aber auch dies Gelände ist ungünstig gestaltet und läßt nur eine Erweiterung in möglichem Umfange zu. Diese Verhältnisse legen den Gedanken nahe, ob es nicht möglich ist, die Kurfürstendammallee, die nur einem bescheidenen Fußgängerverkehr dient und die beiden genannten staatlichen Grundstücke durchschneidet, einzuziehen; dadurch würde ein großes einheitliches Hochschulgrundstück geschaffen, das eine gesunde organische Gestaltung der Erweiterungsbauten ermöglicht und auch dem für die nächsten Jahrzehnte voraussichtlich benötigten Raumbedarf genügen würde, besonders wenn man die Palaststraße als Fahrweg grabtisch nach dem Schnittplan verlängert. Hierdurch würde nämlich auch noch ein langer 7 bis 8 Meter breiter Streifen für das ursprüngliche Hochschulgrundstück gewonnen. Ein Ausbau der Kurfürstendammallee als Fußstraße scheint weder ermuntert noch notwendig.

Zur Entlastung des Bauprogramms wäre rasch, das geplante Studentenhaus auf den an der verlängerten Palaststraße gelegenen Sportplatz zu verlegen; auch wäre zu erwägen, ob man nicht die alte Militärtechnische Akademie mit ihrem ganzen Gelände der Hochschule für die weitere Zukunft reservieren sollte. Die Heeresverwaltung könnte ohne Schaden für ihre Zwecke an anderer Stelle untergebracht werden. Jedenfalls sollte man seine Erweiterungspläne aufstellen, ehe nicht die Grundfrage gelöst ist, welche Baupläätze eigentlich zur Verfügung stehen und ob diese ausreichen.

Das Lindertonzert im Zirkus Busch. Der in Berlin seit zwei Jahrzehnten bestehende Schwarzmeiserische Kinderchor, der am gestrigen Sonntag im Zirkus Busch das erste seiner diesjährigen Konzerte gab, kann sich wieder einen schönen Erfolg buchen. Die Durchbildung dieses Chorkors von Schulfürdern verdient um so mehr Bewunderung, da er nicht, wie die Chöre von Erwachsenen, sich auf einen festen Stamm vieljähriger Mitglieder stützen kann, sondern an jedem Schuljahresanfang einen Teil seiner bewährten Sänger gegen Neueintretende auswechseln muß. Der letzte Chorleiter Bernhard Klauß, der nach Schwarzmeisers Tod die Leitung übernahm, führt die Schaar der sechshundert Jungen und Mädchen mit derselben Sicherheit, wie sein Vorgänger, zu immer neuen Siegen. Das Konzert, bei dem auch der Rezitator Hugo Hebe und als Violinist ein Schüler Franz Raffensperger mitwirkten, wurde zum Besten der Altershilfe und der Jugendpflege veranstaltet. Leider war der Zirkusraum nicht so gefüllt, wie man es um des Zweckes willen wünschen mußte. Den beiden Wiederholungen des Konzerts, die im Zirkus Busch an den nächsten Sonntagen (am 22. März und am 29. März, beide Male mittags um 12 Uhr) stattfinden, wird hoffentlich ein ausverkauftes Haus beschieden sein.

Regierungsdirektor Dr. Weiß, der frühere Leiter der Abteilung Ia im Kultusministerium Berlin, ist zum Dirigenten der Abteilung 4 (Kriminalabteilung) ernannt worden. Er wird seine Stellung am 1. April d. J. antreten, nachdem der bisherige Leiter der Kriminalabteilung, Direktor Hoppe, in den Ruhestand getreten ist.

Der Jenkerverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hielt am Sonntag im Kaiserhof eine aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich besuchte Hauptversammlung ab. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Justizrat Wrodratz, leitete die Verhandlungen mit einem warmen Nachruf auf den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert ein. Im Rahmen einer umfangreichen Tagesordnung wurden neben innerpolitischen Fragen aktuelle Tagesfragen erörtert.

Schwere Bergwerk-Katastrophe in Amerika.

50 Bergleute verschüttet.

Aus Fairmount, Westvirginien, wird gemeldet, daß durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerk der „Bethlehem Mines Corporation“ etwa 50 Bergleute verschüttet worden sind. Die Explosion war so heftig, daß in einem Umkreis von drei Meilen die Gebäude erschüttert wurden. Die ganze Erde steht in Flammen, wodurch die eilig einsetzenden Rettungsarbeiten sehr behindert und die Rettungsmannschaften gefährdet werden. Als Ursache der Katastrophe werden schlagende Wetter angenommen. Man befürchtet, daß alle Bergleute unter Tage umgekommen sind.

Groß-Berliner Parteinarichten.

137. Vat. Reichstags-Vollversammlung (Mittwoch) 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Hollhaus“, Schermerbeckerstr. 114. Referent: Genosse Julius Röhrer, R. d. S. Thema: „Politische Lage und die Reichspräsidentenwahl“.

Unserem Genossen
Ferdinand Seller
zu seinem 25. Jahrestag, Fortsetzung
die herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen und Funktionäre
der R. Abteilung.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88
Fernsprecher: Nord 1198
Filiale Westan, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzberg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel -
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Auf Teilzahlung!
Herren-Garderobe
Gute Qualitäten
zu soliden Preisen
CANNITZER
Schönhauser Allee 821,
am Untergrundbahn Nordkreuz

Der gute Kapitän-
Kaufabak
ist die Cap. höchste Qualität
geschmackvoll
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 72, Ngrst. 3661

Gewerkschaftsbewegung

Zur Personalwirtschaft der Reichsbahn.

Mißstimmung der höheren Reichsbahnbeamten.

Aus Mainz wurde unterm 4. März 1925 an die Verbände und Ortsgruppen der höheren technischen und der höheren administrativen Reichsbahnbeamten folgendes Rundschreiben gerichtet:

In den Kreisen der höheren Beamten der Direktionen und Ämter macht sich seit der Vergesellschaftung der Reichsbahn eine wachsende Mißstimmung bemerkbar. Diese Mißstimmung erklärt sich aus der völligen Unterbewertung, die die Hauptverwaltung den höheren Beamten der „Provinz“ zuteil werden läßt. Ohne zwingenden Grund hat man neue Amtsbezeichnungen eingeführt, obwohl es u. E. bei gutem Willen möglich gewesen wäre, die alte Amtsbezeichnung beizubehalten. Die Unterbewertung zeigt sich aber insbesondere in der Bezahlung der höheren Beamten der Direktionen und Ämter. Die Verantwortung liegt in der Hauptsache bei den höheren Beamten der ausführenden Stellen, wie Direktionen und Ämter. Sie haben in erster Linie die Verantwortung in jeder Hinsicht nach außen zu tragen, und die Stöße auszuhalten. Ihre Verantwortungsfreudigkeit wird aber wesentlich beeinträchtigt, wenn die höheren Beamten der Hauptverwaltung in so ungeheurer Weise, wie dies geschehen ist, bezüglich der Bezahlung, Gewährung von Zulagen — bei deren Ausschüttung man übrigens mit einer ungläublichen Geheimnistuerei vorgegangen ist — vor den Beamten der „Provinz“ wieder herausgehoben werden. Es ist durchaus verständlich, daß die höheren Beamten in der Hauptverwaltung ein höheres Gehalt beziehen als die Direktionsmitglieder und Amtsverwalter. Es darf aber u. E. nicht dazu führen, daß die Mitglieder der Hauptverwaltung ein Vielfaches von dem erhalten, was ältere Kollegen in der „Provinz“ verdienen. Die Arbeitslast und damit die Verantwortung ist bei den ausführenden Stellen in den letzten Jahren ungeheuer gewachsen. Eine Anerkennung der Tätigkeit der dort tätigen höheren Beamten ist aber in keiner Weise erfolgt, im Gegenteil.

Ihre Stellung hat sich dauernd verschlechtert.

so daß sie auch in außerdienstlicher Hinsicht gegenüber den doch die gleiche Ausbildung (mit Ausbildungskosten) genießenden leitenden Beamten förmlich als defazienter anzusprechen sind, und unter Berücksichtigung ihrer Bezüge ein gesellschaftlicher Verkehr ausgeschlossen ist. Selbst die Inhaber der wichtigsten Degernate werden nicht als leitende Beamten anerkannt. Die Unzufriedenheit in den Kreisen der höheren Beamten der „Provinz“ ist bereits so groß, daß die Arbeitsfreudigkeit darunter leidet. Nach durchaus verlässlichen Nachrichten denkt man neuerdings daran, ein altes, mablermorbenes Recht der höheren Beamten zu schmälern. Man will den höheren Beamten die deutsche Freikarte entziehen und durch Reptarien ersetzen. Nach den mit der Regelung der Bezüge gemachten Erfahrungen ist es für uns kaum zweifelhaft, daß den Kollegen der Hauptverwaltung die Freikarte in dem bisherigen Umfange befallen wird, obwohl gerade diese Beamten früher keine deutsche Freikarte besaßen.

Daß unter diesen Umständen der Nachwuchs in Frage gestellt ist, bedarf wohl keiner Lebensausführungen. Wir bitten den Hauptvorstand, gegen die geplante Degradierung Front zu machen. In unserem Bezirk herrscht bezüglich der angeschnittenen Fragen völlige Einigkeit zwischen den Technikern und den administrativen Beamten. Wir bitten, den dortigen Verein der oberen technischen Reichsbahnbeamten von Vorliegendem Kenntnis zu geben.

gez. Unterschriften.

Die Klagen auch dieser höheren Beamten bestätigen lediglich, was über die Befordrungsliste der neuen Reichsbahngesellschaft auf privatrechtlicher Grundlage von vornherein gesagt wurde. Einige wenige Beamten in der Hauptverwaltung erhalten für ihre Antriebstätigkeit vom Verwaltungsrat Zulagen und Aufwandsentschädigungen, während die höheren Beamten in der Provinz genau so wie das übrige Heer der Arbeiter und unteren Beamten behandelt werden. Sie werden zu reinen Sklaventreibern degradiert, die nach dem Willen und der Pfeife der „Oberen“ zu tanzen haben. Dieses Gefühl hat sich vielen Beamten aufgedrängt. Daß darunter ihre Arbeitsfreudigkeit ebenso leidet wie die des großen Heeres der unteren Arbeitsbienen, ist durchaus verständlich. Darin besteht aber auch die große Gefahr für das gesamte Unternehmen, dessen scharfmacherische Methoden härteste Zurückweisung erfordern.

Der Tapeziererstreik.

Die streikenden Tapezierer waren gestern in beängstigender Fülle im Gewerkschaftshaus versammelt, um einen Bericht Müllers über die Streiklage entgegen zu nehmen. Die gegenbelebte Arbeit macht besonders den Inhabern der größeren Werkstätten bedeutende Schwierigkeiten. Sie haben sich deshalb schriftlich an die Kleinmeister um Hilfe gewandt. Die Kleinmeister sollen die Rothelfer spielen, damit die „Großen“ während des Streiks ihr Schädelchen ins Trockene bringen. Viel Erfolg haben die Unternehmer mit dieser schlauen Taktik nicht gehabt, die Arbeit bleibt eben liegen, weil sich 1600 Tapezierer nicht durch einige Duzend Kleinmeister ersetzen lassen. Entgegen den von den Unternehmern ausgesprochenen Behauptungen, die Tapezierer wollten eine Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzen, betonte Müller, daß die Streikenden nur an dem Weiterbestehen der bisher geltenden 48-Stundenwoche festhalten. Von einer Verlängerung der Arbeitszeit kann schon deshalb keine Rede sein, weil die Tapezierer die Nachteile der im Gewerbe üblichen Saisonarbeit nicht noch größer machen wollen. Daß sich die Unternehmer bisher noch nicht bei der Streikleitung gemeldet haben, berührt die Streikenden wenig. Es ist ihnen in den Holzarbeitern mit ihrem guten

Tarifabschluß ein guter Bundesgenosse entstanden; die Rückwirkungen auf die Tapezierer können nicht ausbleiben. Jedenfalls sind sie gewillt, auch durch einen längeren Streik sich einen annehmbaren Markt- und Lohnzins zu erkämpfen.

Ruhrschäden der Angestellten.

Der AFA-Bund hat an das Reichsarbeitsministerium die Anfrage gerichtet, ob dort Maßnahmen vorbereitet sind, um die im Ruhrkampf nachweislich geschädigten kaufmännischen und technischen Angestellten aus Reichsmitteln zu entschädigen. Er hat weiter beantragt, daß alsbald eine Aussprache des AFA mit den Epigengewerkschaften herbeigeführt wird, um eine einheitliche Regelung zu gewährleisten.

Karl Brückhe

Der Deutsche Verkehrsbund hat wieder einen schweren Verlust zu beklagen. Am 16. März starb nach kurzem schweren Leiden der Genosse Karl Brückhe, der mehr als ein Menschenalter in der Bewegung stand. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes ging er in Berlin darob, seine Berufskollegen, die Hausdiener, zu organisieren. Das war eine schwierige Aufgabe, die nicht leichter wurde, als der Streit zwischen den Postleuten und Zentralisten entstand. Brückhe trat verbündet für die Zentralorganisation ein und darf als einer der Mitbegründer des Zentralverbandes angesehen werden. Seine Regsamkeit brachte ihm dann auch die üblichen Funktionen in der Arbeiterbewegung, bis er 1901 Bevollmächtigter der Berliner Verbandsmitgliederversammlung wurde. Im Jahre 1902 wurde er von der Zentrale als Angestellter übernommen und hier hat er in den verschiedenen Funktionen eine Umsicht und Arbeitsfreudigkeit bewiesen, die ihn zu einem der bekanntesten Personen im Verbande machten.

Neben seiner Tätigkeit für die gewerkschaftliche Organisation stand er jahrelang im Vorstand des Komplexes um die Kranken- und Unfallversicherung. Auch in der Genossenschaftsbewegung stand Brückhe seinen Mann. Parteipolitisch war er unbedingter Sozialdemokrat. In der Gemeindepolitik seines Wohnortes Eichwalde war er bis zu seinem Tode äußerst reger tätig. Seinen letzten Triumph erlebte er, als er vor wenigen Wochen wieder in das Gemeindeparlament eintrat und die Deutschnationalen sich weigerten, mit ihm zusammen zu arbeiten, weil Brückhe vor einigen Jahren „als Schöffe keine Billigkeit geübt“ haben sollte. Diese „Billigkeitsprüfung“ bestand in der Entlassung der Kappisten in Eichwalde. Als die Ehrhardt-Leute dann in Eichwalde einrückten, gelang es Brückhe, der Bande zu entkommen. Dafür wurde er zum Tode verurteilt und die Kappisten waren so harmlos, ihn sogar im Verbodsbureau zu suchen.

Wenn wir die Lebensarbeit des Genossen Brückhe übersehen, dann muß man sagen, daß von den letzten 35 Jahren seines Lebens ihm und seiner Familie herzlich wenig geblieben. Er war einer der sich für die Arbeiterbewegung Aufopfernden, deren Beispiel hoffentlich unter unseren jüngeren Mitstreitern Schule machen wird. Karl Brückhe hat nicht umsonst gelebt und kann deshalb auch nicht vergessen werden.

Schiedspruch im Bergischen Metallarbeiterstreik.

Barmen, 18. März. (Ill.) Der Schlichtungsausschuß für das Bergische Land fällt einen Schiedspruch, der die Stundenlöhne der Metallarbeiter im oberen Kreise Solingens für die Zeit vom 16. März bis 30. Juni 1925 um 8 bis 9 Proz. erhöht. Danach beträgt der Spitzenstundenlohn für Facharbeiter 63 bis 65 Pfennig gegen bisher 58 bis 60 Pfennig. Die Geltungsdauer läuft bis zum 25. März einschließlich. Den Parteien wurde aufgegeben, wegen der Erhöhung der Akkordlöhne zunächst unter sich noch einmal zu verhandeln. Kommt eine Einigung bis zum 31. März nicht zustande, so wird der Schlichtungsausschuß erneut in Tätigkeit treten.

Der italienische Metallarbeiterstreik.

Rom, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Metallarbeiterstreik ist, wie zu erwarten war, nur teilweise beigelegt. In Mailand sind die faschistischen Arbeiter nur zum Teil wieder in die Betriebe zurückgekehrt, während der Streik in Brescia im bisherigen Umfange fortanert. Ingesamt streiken gegenwärtig in Mailand noch 35 000 Arbeiter. Außerdem dauert der Ausfall auf den Triester Werften an. Bemerkenswert ist, daß der Streik inzwischen auch auf Turin übergreifen hat.

Rom, 18. März. (W.F.B.) Auf Veranlassung der sozialistischen Metallarbeitergewerkschaft ist heute der Streik in Turin ausgebrochen. Die faschistischen Gewerkschaften richteten an die Unternehmerorganisationen von Turin gestern ein Ultimatum, das am Donnerstag abläuft. Die Biag. Werke haben sich von der Unternehmerorganisation losgelöst, weil eine gleichartige Behandlung der verschiedenen Lohnfragen nicht möglich sei und sie ihre 30 000 Arbeiter getrennt zu behandeln beabsichtigen. (1) In Mailand sind heute in vielen Betrieben zahlreiche Arbeiter nicht zur Arbeit zurückgekehrt. „Koanti“, das kommunistische Organ, welches die Arbeiter aufforderte, den Streik fortzusetzen, wurde beschlagnahmt. Verschiedene Verbreiter des Aufrufs der Biom wurden verhaftet und Veramteilungen streifender Arbeiter aufgelöst. In Brescia und Bergamo wurde die Arbeit vollständig, in Ronza teilweise wieder aufgenommen. In Ronfalcone ist es noch zu keiner Einigung gekommen, da die Unternehmer der Werften sich weigerten, mit den faschistischen Gewerkschaftsführern zu verhandeln. Auch in Neapel ist die Lage bedrohlich.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 9. März 1 220 700 und hat sich damit um 149 19 gegenüber der Vormoche vermindert; sie übersteigt allerdings um 106 875 die Zahl der Arbeitslosen am gleichen Tage des Vorjahres.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuler; Wirtschaft: Helmut Grottel; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. S. Richter; Politik und Sonstiges: Fritz Rothardt; England: H. Grottel; Italien: H. Grottel; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88
Fernsprecher: Nord 1198
Filiale Westan, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzberg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel -
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Schlafzimmer!
Eiche, prima Arbeit, kompl. mit
Federboden - Aullage, echtem
Marmor, Stühle, Handtuchhalt.
160 cm 180 cm gr. Schrank
640 Mk. 670 Mk. frei Haus
Paul Neugebauer
G. m. b. H.
Charlottenbg., Wilmersdorfer Str. 120
Ecke Schillerstraße
Erste Etage Köln Laden

Wer Stoff hat!
dem fertige ich an
einen hocheleganten Anzug
oder Mantel
einschl. sämtl. Zutaten für
M. 55.— in 8 Tagen.
Moderner Schnitt!
Vorzüglicher Sitz!
Wer keinen Stoff hat,
findet bei mir reiche Auswahl
ausreiferer Stoffe
zu äußerst niedrigen Preisen.
M. BLAUSTEIN
Atelier für seine
Herrenkonfektion nach Maß
5 42, Gitschiner Str. 71,
Hochb. Prinzenstr. Köp. gstr. 7796

Guter Schlaf ist das beste
Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder
ohne Zubehör, Stahlmatt. u. Anstrich,
Requiem-Bedruckungen Katalog 30 A bel.
Eisenmöbel-Fabrik Suhl (Thür.)

Schwerhörige
sich zu tragen bis zum Hörschwellen
mit vernünftigen, genaueren Hörschwellen
in der Ohrmuschel durch vorherigen Schall-
abzug nach Anweisung. Kein Hörrohr,
kein elektr. Apparat. Bestanden die Prüf-
ungen gratis und gratis. Allein-Vertrieb
in allen Reichsteilen gesucht. Besor-
gung unter Angabe bisheriger Tätigkeit.
Körkapsel-Gesellschaft
m. b. H.
Breslau X, Matthiasstraße 26.

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Ge-
räten etc. liefert preis-
wert kurzfristig
Holzhausbau Litzmann
R 34, Lützowstraße 11/13
Berlin 1078/79